

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schulausschusses
der Stadt Lüdenscheid**

am 24.04.2007

im Besprechungsraum 2 des Telekomgebäudes, Rathausplatz 2 b

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Jens Voß SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsherr Peter Arens	CDU	Vertreter für Ratsherrn Marcus Kühnel
Ratsfrau Susanne Czaja	SPD	
Ratsherr Horst Eick	SPD	Vertreter für Ratsherrn Rolf Breucker
Ratsfrau Brunhilde Gromball	FDP	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Ulrike Kopp	CDU	Vertreterin für Herrn Martin Buchheister, bis 18.40 Uhr
Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL	Vertreter für Ratsfrau Monika Oettinghaus, bis 18.45 Uhr
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU	
Ratsherr Gerhard Schnell	LL	
Herr Ulrich Neuhaus	Grüne	
Frau Elisabeth Siebensohn	CDU	Vertreterin für Ratsherrn Kai Rodehüser
Frau Katharina Teutenberg	SPD	
Herr Johannes Theissen	CDU	
Herr Björn Weiß	CDU	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Winfried Becker	FRL	
Herr Gerhard Geisel	FRL	
Frau Antje Malycha	FRL	bis 18.45 Uhr
Frau Annette Schmidt-Kob	FRL	
Herr Peter Wagener	FRL	
Frau Nuran Özdemir	FRL	

Gäste:

Frau Brigitte Bunselmeier-Lohr
Schulamt
für den Märkischen Kreis

Verwaltung:

Herr Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Herr Reinhard Merkschien

Frau Aggi Thieme

bis einschl. TOP 6 der öffentlichen
Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Kotziers

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Rolf Breucker	SPD
Ratsherr Marcus Kühnel	CDU
Ratsfrau Monika Oettinghaus	AfL
Ratsherr Kai Rodehüser	CDU
Herr Martin Buchheister	CDU

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Karl Otto Hüsken	FRL
Herr Clemens Laumann	FRL
Herr Michael Lohr	FRL
Frau Katharina Thimm	FRL

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

1. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

Herr Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Voß nimmt die Verpflichtung des Ausschussmitgliedes Herrn Johannes Theissen vor.

2. Öffentliche Fragestunde

keine

3. Schulentwicklungsplanung Hauptschulen
Vorlage: 065/2007

Herr Dr. Schröder erläutert zunächst die Beschlussvorlage. Frau Bunselmeier-Lohr ergänzt die Erläuterungen anschließend bezogen auf den Teil der inneren Schulangelegenheiten, insbesondere trägt Frau Bunselmeier-Lohr die Aufteilung der einzelnen Jahrgänge auf die beiden Standorte mit. Frau Bunselmeier-Lohr führt aus, dass die Schulkonferenzen einstimmig ohne Enthaltungen ihr Einvernehmen zur Beschlussvorlage dargestellt haben.

Fragen der Schulausschussmitglieder werden direkt beantwortet. Herr Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Voß bittet um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

1. Die Hauptschule Wefelshohl –Städtische Gemeinschaftshauptschule- wird mit Ablauf des Schuljahres 2006/07 zum 31.07.2007 aufgelöst.
2. Die Schüler/innen werden in die Albert-Schweitzer-Schule – Städtische Gemeinschaftshauptschule - eingegliedert.

3. Das Gebäude der bisherigen Hauptschule Wefelshohl wird bis zum Schuljahr 2009/10 als Teilstandort der Albert-Schweitzer-Schule geführt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur Folgenutzung des Gebäudes Gustavstraße 35 vorzulegen, wenn die Aufgabe des Teilstandortes absehbar ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

4. Berichtswesen; Sprachstandsfeststellung zwei Jahre vor der Einschulung (Mündlicher Bericht)

Frau Bunselmeier-Lohr berichtet, dass Lüdenscheid bei der Sprachstandsfeststellung zwei Jahre vor der Einschulung im Landestrend liegt. Frau Bunselmeier-Lohr erläutert, dass das 2. Screening im Mai 2007 stattfindet und ca. 50 % der Kindergartenkinder daran teilnehmen werden. Die Lehrer sind darüber am 23.04.2007 informiert worden und erst nach dem 2. Screening kann etwas über die tatsächlich zu fördernde Anzahl von Kindern gesagt werden. Frau Bunselmeier-Lohr berichtet weiter, dass beim 2. Screening die Kinder, die keine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie die Kinder, die beim 1. Screening aus anderen Gründen nicht dabei waren, hinzu kommen. Frau Bunselmeier-Lohr sagt, dass bei der 2. Phase Eltern auf ihren Wunsch daran teilnehmen können. Frau Bunselmeier-Lohr erläutert abschließend, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Aussagen zu dem Verfahren gemacht werden können und dass jedes Vorhaben des Ministeriums evaluiert wird. Über die Ergebnisse des 2. Screenings und die veranlassten Fördermaßnahmen wird in der nächsten Schulausschusssitzung berichtet.

Fragen der Mitglieder des Schulausschusses werden sofort beantwortet.

5. Berichtswesen; Schulabgänger ohne Abschluss (schriftlicher Bericht wird nachgereicht)

Herr Dr. Schröder gibt zunächst einen Hinweis auf das zu Beginn der Sitzung von der Verwaltung verteilte Zahlenwerk zu diesem Thema und erläutert, dass Statistiken jedoch keine Aussagen über Ursachen geben. Herr Dr. Schröder erwähnt jedoch aus seiner Sicht vorsichtig zwei Merkmale (mehr Jungen als Mädchen und Beschulung von Ausländern) und weist auf das Kriterium hin, dass es sich lediglich um Schüler/innen ohne Hauptschulabschluss handelt.

Frau Bunselmeier-Lohr bestätigt anschließend die beiden Merkmale, die aus ihrer Sicht zumindest signifikant sind, sieht aber nicht bestätigt, dass Lüdenscheid an dieser Stelle ein extremer Ausreißer ist.

Herr Becker erläutert danach, dass es gegenüber 1996 merklich besser geworden ist, sieht aber trotzdem die Schwierigkeit, dies zu interpretieren. Herr Becker weist auf viele Störfaktoren hin, z. B. die Tatsache, dass Lüdenscheid eine größere Stadt ist und viele Reizpunkte als Grund, nicht in die Schule zu gehen, hergibt.

Es schließt sich eine rege Diskussion an, in der es insbesondere darum geht, das Thema einerseits insgesamt zu vertiefen, aber nicht ausschließlich auf vorliegende Statistiken bezogen, sondern auf örtliche Möglichkeiten, gegen den Trend zu steuern.

Herr Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Voß bezieht sich auf § 53 des Schulgesetzes und die darin genannte individuelle Förderung von Schülerinnen/Schülern und fragt, wie es mit personellen Ressourcen dazu aussieht.

Frau Bunselmeier-Lohr erläutert, dass daraus kein Einzelunterricht und keine nachsorgende Sozialarbeit für einzelne Schüler/innen resultieren kann, weist aber auf Sozialarbeiter/innen an Hauptschulen hin und auf die Tatsache, dass die Partnerschaft mit den Eltern sehr unausgewogen ist.

Herr Becker ergänzt dies dahingehend, dass Angebote, die vorhanden sind, auch angenommen werden müssen, da sie sonst nichts nützen.

Frau Schmidt-Kob sagt, dass bei Förderschulen in den Stellenzuweisungen keine Stellen für Schulsozialarbeit vorgesehen sind.

Herr Wagener fragt anschließend, ob die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Schule auch anders aussehen könnte, z. B. ob nicht ein/e feste/r Mitarbeiter/in für die Schule zugeordnet werden kann.

Herr Dr. Schröder wird die Frage zwar weitergeben, weist aber auf die Tatsache hin, dass die Mitarbeiter/innen nach Straßen bzw. Stadtbezirken eingeteilt sind, also adressbezogen arbeiten.

Herr Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Voß hofft, dass dieser Austausch als Anstoß genommen wird, um von den besagten 12 % herunter zu kommen und bittet das Thema nach einiger Zeit erneut aufzugreifen.

6. Berichtswesen; IT-Anbindung der Schulsekretariate (Mündlicher Bericht)

Frau Thieme berichtet zu diesem Thema, dass das Schulsekretariat als Kernpunkt der Schule mit vielen Aufgaben zu sehen ist und dass im September letzten Jahres ein Themen-Team gebildet wurde, an dem Vertreter/innen des Amtes für Information und Kommunikation, Vertreter/innen des Schulverwaltungs- und Sportamtes sowie Vertreter/innen der Schulleitungen und Schulsekretärinnen teilgenommen haben.

Frau Thieme führt aus, dass als erstes Ergebnis festzustellen ist, dass jedes Sekretariat anders arbeitet und sich als Fazit daraus ergibt, dass das Amt für Information und Kommunikation Handlungsempfehlungen aussprechen kann, aber die Schulleitungen selber entscheiden müssen, ob das jeweilige Schulsekretariat wie bisher oder neu organisiert werden soll.

Frau Thieme erläutert weiter, dass für die Schulsekretärinnen im Juni bzw. alternativ im August Schulungen im EDV-Bereich stattfinden.

Frau Thieme berichtet, dass die Anbindung der Schulsekretariate an das städtische Netz Sinn macht, auch insbesondere im Hinblick auf den Wegfall der Schulbezirke zum 01.08.2008 und der damit verbundenen Organisation des Anmeldeverfahrens. Frau Thieme sagt, dass bereits ein Testlauf zur Anbindung durchgeführt wurde, der erfolgreich verlaufen

ist, und dass eine heterogene Ausstattung in jeder Schule vorgesehen ist. Hierbei handelt es sich dann um den nächsten Arbeitsschritt des Themen-Teams.

Frau Thieme weist jedoch darauf hin, dass die technischen Lösungen noch nicht abschließend geklärt sind, vor allem im Hinblick auf den Datenschutz, und stellt abschließend fest, dass sich die Arbeit des Themen-Teams nicht ausschließlich auf die Anbindung der Schulsekretariate an das städtische Netz bezieht, sondern vielmehr auf das höhere Gut der Organisation der Schulsekretariate.

Anschließend wird Einvernehmen darüber erzielt, dass nach den Sommerferien ein erneuter Bericht zu diesem Thema im Schulausschuss erfolgen soll.

Danach erfolgt eine kurze Diskussion über den Zeitpunkt, wann neue Kopierer in den Schulen zum Einsatz kommen.

Frau Thieme erläutert, dass die Ausschreibung, die zunächst durchgeführt wurde, aufgehoben werden musste, aber eine neue Ausschreibung beabsichtigt ist, hierbei aber aufgrund der 10 %-igen Kürzung der Haushaltsmittel noch einige Dinge geklärt werden müssen.

Frau Thieme sagt, dass aber für die weiterführenden Schulen kurzfristig Ersatzgeräte zur Verfügung gestellt wurden, damit ordentliche Kopien für das Zentralabitur und die Vergleichsarbeiten bzw. zentralen Abschlussarbeiten sichergestellt werden konnten.

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgaben

7.1.1. Bekanntgabe "Nächste Sitzung des Schulausschusses"

Herr Merkschien gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Schulausschusses im Geschwister-Scholl-Gymnasium stattfindet und in diesem Zusammenhang auch das Zeppelin-Gymnasium und die Pestalozzischule besichtigt werden sollen.

7.1.2. Bekanntgabe "Schulbücher für Empfänger von Arbeitslosengeld II"

Herr Merkschien gibt bekannt, dass in diesem Schuljahr in zwei Fällen Schulbücher im Wert von 72,70 € für Empfänger von Arbeitslosengeld II aus dem sogenannten Feuerwehrfond erstattet wurden. Herr Merkschien ergänzt, dass alle Schulen über diese Möglichkeit informiert sind.

7.2. Beantwortung von Anfragen

7.2.1. Beantwortung der Anfrage von Ratsfrau Czaja "Schülergerichte"

Herr Merkschien beantwortet die Anfrage von Ratsfrau Czaja aus einer der letzten Schulausschusssitzungen bezüglich der Schülergerichte dahingehend, dass es in Plettenberg keine Schülergerichte gibt, sondern lediglich Streitschlichterprojekte.

Herr Merkschien führt aus, dass das Ministerium auf ein Pilotprojekt zu sogenannten Schlichtungsstellen auf der Ebene von kreisfreien Städten hingewiesen hat. Die näheren Informationen dazu sind an das Schulamt für den Märkischen Kreis sowie die Schulen gesandt worden. Herr Merkschien ergänzt, dass sich die Verwaltung diesbezüglich mit dem Schulamt in Verbindung setzen wird und dass es sich aber nicht um schulscharfe Projekte handelt.

7.2.2. Beantwortung der Anfrage von Herrn Geisel "Bemessungsgrundlagen für Schulbudgetmittel"

Herr Merkschien beantwortet die Anfrage von Herrn Geisel aus der letzten Sitzung des Schulausschusses zu den Bemessungsgrundlagen für die Schulbudgetmittel dahingehend, dass diese auf der althergebrachten Veredelung von Schülerzahlen basieren, die unter anderem an die Berechnungsmodalitäten aus dem GfK sowie die Durchschnittsbeträge für die Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz angelehnt sind.

Eine entsprechende Aufstellung zur Berechnung der Haushaltsansätze für die Schulen im Haushaltsjahr 2007 wird dem Protokoll beigefügt.

7.2.3. Beantwortung der Anfrage von Rats Herrn Breucker "Schulbus Eggen-scheid/Hermann-Gm.-Schule"

Herr Merkschien trägt eine der Verwaltung schriftlich vorliegende Anfrage von Rats Herrn Breucker mit folgendem Text vor:

1. Welche Regelung ist für den Eggenscheider Schulbusverkehr zur Hermann-Gmeiner-Schule vorgesehen, wenn das beauftragte Taxiunternehmen nicht fahren kann (Krankheit oder technisches Problem)?
2. Haben die Kinder, die die offene Ganztagschule besuchen, das Recht, nach der OGS mit dem Schulbusverkehr nach Hause zu fahren?

Herr Merkschien beantwortet die Anfrage dahingehend, dass es sich nicht um eine Verbindung der MVG handelt und dass weder der Verwaltung noch der Schule bisher Probleme hinsichtlich ausgefallener Fahrten bekannt sind, sondern im Gegenteil der Schulbusverkehr sehr zuverlässig durchgeführt wird.

Herr Merkschien sagt weiter, dass der Verwaltung nicht bekannt ist, wie die Kinder nach der Offenen Ganztagschule nach Hause kommen, vermutlich durch Fahrgemeinschaften der Eltern.

7.2.4. Beantwortung der Anfrage der Stadtschulpflegschaft "Anmeldeverf. nach Aufhebung Schulbezirke"

Herr Merkschien verweist auf die der Verwaltung schriftlich vorliegende Anfrage der Stadtschulpflegschaft vom 12.04.2007 zum Thema „Anmeldeverfahren an Lüdenscheider Grundschulen nach Aufhebung der Schulbezirke“, die dem Protokoll beigefügt wird.

Herr Merkschien beantwortet die Anfrage dahingehend, dass in Lüdenscheid nicht zum kommenden Schuljahr mit dieser Umsetzung begonnen wird.

Hinsichtlich der Durchführung des Anmeldeverfahrens erläutert Herr Merkschien, dass die Verwaltung sich in Kürze mit Vertretern aus den Grundschulen sowie dem Schulamt des Märkischen Kreises zusammen setzen wird, um zu besprechen, wie im November 2007 die Anmeldungen zu den Grundschulen organisiert werden. Dabei muss unter Berücksichtigung maßgeblicher Kriterien entschieden werden, ob ein zentrales Anmeldeverfahren für Lüdenscheid durchgeführt werden soll. Zunächst sollen aber erstmal Erfahrungen aus anderen Städten eingeholt werden.

7.3. Anfragen

7.3.1. Anfrage Ratsfrau Gromball "Begrenzung der Anmeldezahlen zur Gesamtschule"

Ratsfrau Gromball fragt, ob die Stadt die Anmeldezahlen zur Gesamtschule begrenzen kann.

Herr Merkschien antwortet sofort dazu, dass die Stadt lediglich die Aufnahmekapazität, aber nicht die Anmeldezahlen begrenzen kann.

Außerdem führt Herr Merkschien aus, dass die Gesamtschule gesetzlich mindestens vierzünftig geführt werden muss.

7.3.2. Anfrage Ratsfrau Czaja "Entwicklung Zentralabitur"

Ratsfrau Czaja bittet darum, dass eine kurze Entwicklung der Erfahrungen mit dem Zentralabitur dargelegt wird.

Frau Malycha wird in der nächsten Sitzung des Schulausschusses dazu berichten.

Vorsitzender

Schriftführerin